

Die nationalsozialistische Palästinalpolitik in der Zeit von 1933 bis 1939

I. Einleitung

1840: Eine französische Flotte bombardiert Beirut, um den ägyptischen Herrscher Muhammad Ali aus dem osmanischen Syrien zu vertreiben. 1982: Israelische Truppen greifen Beirut an. Ziel ist die Vertreibung der PLO aus dem Libanon. Dazwischen liegen mehr als 140 Jahre, in denen Syrien, der Libanon und auch Palästina ein Unruheherd waren. Dazu haben insbesondere auch die europäischen Mächte beigetragen, mehr die Engländer und die Franzosen, weniger die Deutschen. Aber auch die deutsche Politik beeinflusste die Verhältnisse in Palästina, wenn dies auch meistens nur indirekt geschah.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit einem Teilaspekt des deutschen Einflusses auf das Gebiet des Nahen Ostens, nämlich mit der deutschen Palästinalpolitik von 1933 bis 1939. Grundlage dieser Betrachtung ist eine Schilderung der Verhältnisse im Nahen Osten vor 1933. Die nachfolgenden Kapitel befassen sich dann direkt mit der deutschen Palästinalpolitik, wobei parallel dazu noch das Geschehen in Palästina zwischen 1933 und 1939 erläutert wird. Gesichtspunkte dabei sind im Wesentlichen eine Schilderung derjenigen Faktoren, auf denen die deutsche Politik aufgebaut hat, sowie der Ablauf der deutschen Politik in den Jahren 1937 und 1938, da insbesondere im Zusammenhang mit den arabischen Unruhen in Palästina 1936-1939 die Motive der deutschen Palästinalpolitik klar werden. Die abschließende Schlussbemerkung geht unter anderem auch darauf ein.

II. Der Nahe Osten bis zum Jahr 1933

Die türkische Herrschaft und das Eindringen der Europäer in die Länder des Nahen Ostens (1516-1919)

Der Sieg Sultan Selims (1512-1520) über die Mameluken in der Schlacht von Marg Dabiq am 24. August 1516 brachte den osmanischen Türken zunächst die Vorherrschaft über Syrien, Palästina und Ägypten. Wenige Jahre später gelang es Selims Nachfolger Suleiman (1520-1566), auch noch Mesopotamien seinem Machtbereich anzugliedern (1534). Damit waren neben dem türkischen Kerngebiet, neben Nordafrika (bis nach Tunesien bzw. Algeri-

en), neben Teilen Arabiens (Hedschas, Jemen, Aden) und neben dem europäischen Balkan (bis hinauf nach Ungarn) auch Palästina und seine Nachbarländer unter türkischer Kontrolle. Und insbesondere die letztgenannten Länder - Syrien, Palästina, Irak (Mesopotamien) und Ägypten sollten noch bis zum Ersten Weltkrieg (1914-1918) unter osmanischer Herrschaft bzw. Oberherrschaft verbleiben.

Diese Herrschaft wurde aber mit dem Ende des 16. Jahrhunderts, mit dem beginnenden Zerfall des Osmanischen Reiches, immer schwächer. Mit dem politischen Zerfall ging auch ein wirtschaftlicher einher, und beides war besonders in den Ländern des Nahen Ostens spürbar. So konnten sich in Ägypten im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts wieder die Mameluken durchsetzen. Auch war dieses Land der erste Ansatzpunkt für europäische Interventionen im Nahen Osten. Im Zusammenhang mit der anglo-französischen Rivalität gegen Ende des 18. Jahrhunderts führte Napoleon eine französische Expeditionsarmee nach Ägypten (1798). Koloniale Interessen spielten erstmals eine Rolle. Und wirklich: Die Franzosen mussten nach der Landung englischer und osmanischer Truppen Ägypten zwar wieder verlassen (1801), aber dafür beließen die Briten ihre Truppen im Land.

Alles in allem machten die Ereignisse um die französische Ägypten-Expedition den Engländern und Franzosen zweierlei deutlich: Das eine war die Schwäche des Osmanischen Reiches, das andere die strategische Bedeutung des Nahen Ostens, insbesondere Ägyptens. Zweifelsohne begünstigten also die Verhältnisse im Vorderen Orient die Einmischungen dieser beiden europäischen Staaten. Dies sollte sich in der Folgezeit noch zeigen.

Dem Abzug der französischen Truppen folgte in Ägypten eine Zeit vierjähriger Anarchie, die wiederum durch die Herrschaft Muhammad Alis (1805-1848) über Ägypten abgelöst wurde. Diesem gelang es, seine Macht auf Kosten des Osmanischen Reiches sogar bis nach Syrien auszudehnen. Großbritannien und Frankreich waren sich jedoch darüber einig, eine Zerstückerung des Osmanischen Reiches zu verhindern. Sie forderten somit ultimativ den Rückzug Alis aus Syrien und konnten dies durch eine Beschießung Beiruts durch die englische Flotte und durch ihr Erscheinen vor Alexandria auch durchsetzen: Ägypten wurde zu einem tributärem Vizekönigreich des Osmanischen Reiches; Syrien und Palästina kamen wieder unter türkische Herrschaft.

Trotz dieser Intervention europäischer Mächte war Ägypten von diesen während der Herrschaft Alis relativ unabhängig. Das änderte sich jedoch unter Alis Nachfolgern Muhammad Said (1854-1863) und Ismail (1863-1879). Der Bau des Suez-Kanals berührte nämlich die Interessen der europäischen Staaten und stürzte Ägypten in große Schulden, die allerdings auch aus anderen Modernisierungsarbeiten resultierten (Eisenbahnbau u.a.). Schließlich betrug die Schuldenlast 90 Millionen Pfund; Frankreich und Großbritannien, die Hauptgläubigerländer Ägyptens, versuchten Einfluss auf den ägyptischen Staatshaushalt zu erlangen und setzten 1879 sogar den Machthaber Ismail ab. Hinzu kam 1880 die Verabschiedung des Liquidationsgesetzes, wonach Ägypten die Hälfte seiner Staatseinnahmen zur Schuldentilgung abführen musste. Gegen den immer größer werdenden Einfluss der Europäer wandte sich der sogenannte Urabi-Aufstand. Der Aufstand scheiterte; statt dessen landete eine britische Armee in Ägypten und besetzte es (1882).

Ägypten war damit faktisch unter britische Herrschaft gekommen, wenn auch die Briten in Form eines „verschleierte Protektorates“ nur indirekt herrschten. Es sei noch erwähnt, dass Ägypten formell aber unter türkischer Oberherrschaft stand.

Was das Gebiet von Syrien-Palästina anbetrifft, so waren diese Länder von unmittelbaren

Eingriffen Großbritanniens und Frankreichs weit weniger betroffen als Ägypten. Die Westmächte hatten ja zunächst im Syrien-Libanon-Gebiet eingegriffen, um den ägyptischen Machthaber Muhammad Ali zum Rückzug aus diesen Ländern zu bewegen (1840/41). Eine weitere Einmischung der europäischen Staaten wurde verursacht durch Unruhen zwischen Christen, Drusen und Muslimen, die in der Ermordung zahlreicher Christen besonders in Damaskus kulminierten (1860). Kaiser Napoleon III. von Frankreich entschloss sich daraufhin zum Eingreifen; französische Truppen landeten in Beirut. Auch die Türken griffen ein, und 1864 kam es zwischen den Westmächten und dem Osmanischen Reich zu einer Übereinkunft, die die Verhältnisse im Libanon, dem Hauptunruhegebiet, neu regelten. Im Wesentlichen blieb aber die türkische Herrschaft in Syrien-Palästina bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs unangetastet.

Der Irak schließlich lag bis zum Ersten Weltkrieg außerhalb der europäischen Machtinteressen. Ein Interesse Englands, mit dem Irak einen möglichen Landweg nach Indien zu erlangen, erlosch mit dem Bau des Suezkanals und des somit verkürzten Seewegs nach Indien. Dieser Seeweg war außerdem durch den britischen Besitz von Aden (1839 erobert) und durch den britischen Einfluss im Süden und im Südosten der Arabischen Halbinsel gesichert. Daneben konnte sich auf der Arabischen Halbinsel, unabhängig von europäischen Einflüssen, Jemen behaupten. Auch bezüglich des Osmanischen Reiches war Jemen, insbesondere nach 1911 und 1913, autonom. Das Osmanische Reich beherrschte auf der Arabischen Halbinsel somit im Wesentlichen nur die Hedschas und an den Irak grenzende Teile der Ostküste.

So waren im Laufe des 19. Jahrhunderts große Teile des Nahen Ostens von europäischen Mächten, allen voran von Großbritannien, in koloniale Abhängigkeit gebracht worden. Diese Abhängigkeit war nicht nur machtpolitisch begründet; stark war auch der wirtschaftliche und soziale Einfluss Europas auf dieses Gebiet. Ägypten mit seinen Modernisierungsbestrebungen (Suez-Kanal, Eisenbahnbau, Reformen) ist dafür ein Beispiel.

Eine folgerichtige Entwicklung war es deshalb, dass der Erste Weltkrieg zur Zerschlagung des Osmanischen Reiches und zu einer weiteren Machtausdehnung Frankreichs und Englands führte (1914-1919).

Der Erste Weltkrieg, der Zionismus und die Araber 1914-1919

Das Osmanische Reich trat auf der Seite Deutschlands in den Ersten Weltkrieg ein. Dadurch geriet es natürlich in Gegensatz zu den Mächten der Entente, d.h. im Gebiet des Vorderen Orients zu Frankreich und Großbritannien. Letzteres erhob ja auch schon 1914 Ägypten zum britischen Protektorat und trennte damit dieses Land von der (wenn auch nur formell) bestehenden Oberherrschaft des Osmanischen Reiches.

Was nun die Kriegereignisse anbetrifft, so kam es seit November 1916 immer wieder zu türkischen Vorstößen gegen den Suez-Kanal, die allerdings ohne wesentliche Erfolge blieben. Das gleiche galt auch für einen britischen Vorstoß in den Irak; am 29. April 1916 musste ein britisch-indisches Expeditionskorps bei Kut-el-Amara kapitulieren. So kam es im nächstlichen Kriegsgebiet bis 1916 zu keiner Entscheidung.

Die Engländer suchten ab 1915/16 Kontakt zu den Arabern. Unter diesen hatten sich schon im 19. Jahrhundert zwei politische Bewegungen für Unabhängigkeit bzw. Erneuerung des Islam gebildet. Vor dem Hintergrund der Existenz dieser Bewegungen kann man verstehen,

dass sich die Araber zu Beginn des Ersten Weltkrieg neutral verhielten, sahen sie doch ein, dass weder ein Sieg des Osmanischen Reiches noch einer der Entente ihnen Vorteile bringen konnte. Das änderte sich mit den schon erwähnten Kontakten zwischen Arabern und Briten die maßgeblich aus einem Briefwechsel zwischen dem Scherifen von Mekka Hussein Ben Ali und dem Hochkommissar in Ägypten Henry McMahon resultierten. Hussein versprach arabische Hilfe im Krieg gegen die Türken; die Briten sollten arabische Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützen,

Tatsächlich gelang es der Entente seit 1917 mit arabischer Unterstützung erfolgreich gegen die Türken vorzugehen: Bis 1918 wurden Irak, Syrien und Palästina erobert. Dagegen nahmen England und Frankreich auf die Vorstellungen ihrer arabischen Verbündeten (arabische Unabhängigkeit) wenig Rücksicht. 1916 kam es nämlich zum Abschluss des Sykes-Picot-Abkommens zwischen Großbritannien, Frankreich und auch Russland. Diese Übereinkunft sah zwar die Errichtung eines unabhängigen arabischen Staates oder einer Konföderation arabischer Staaten unter der Oberhoheit eines arabischen Herrschers vor, doch behielten sich Großbritannien und Frankreich das Recht der Kontrolle und Verwaltung vor. Daneben beinhaltete das Abkommen eine Abgrenzung der englischen und französischen Interessensphären im Nahen Osten, d.h. eine Aufteilung dieses Gebiets in unter französische und britische Vorherrschaft stehende Länder. Dies wurde ja auch nach dem Ersten Weltkrieg durchgeführt.

Das Sykes-Picot-Abkommen hatte somit weitreichende Konsequenzen, besonders was die Beziehungen zwischen den Arabern und den europäischen Kolonialmächten anbetraf. Ebenso bedeutsam war die sogenannte Balfour-Deklaration, die der englische Außenminister Balfour am 2. November 1917 abgab. Um die Tragweite dieser Erklärung begreifen zu können, ist es zunächst einmal notwendig, sich mit dem jüdischen Zionismus auseinanderzusetzen. Das Jahr 1897 mit dem ersten zionistischen Kongress in Basel kann als das Entstehungsjahr der zionistischen Bewegung angesehen werden, Diese Bewegung hatte als Ziel die politische Lösung des Judenproblems durch die Errichtung eines eigenen Jüdischen Nationalstaats, oder, wie es der Basler Kongress artikuliert, durch „die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina“. Mit dieser Forderung wurde aus dem Zionismus eine jüdische Nationalbewegung; ihre Anhänger akzeptierten den Antisemitismus und fanden sich durch ihn in ihren Zielen bestätigt.

Allerdings war die zionistische Bewegung in der Verwirklichung ihrer Ziele bis 1914 wenig erfolgreich. Das änderte sich mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs. Schon 1915 nahmen englische Zionisten unter Führung Weizmanns Kontakte mit der britischen Regierung auf, Parallel dazu unterstützten jüdische Freiwillige englische Truppen beim Gallipoli-Feldzug und in Palästina („Jüdische Legion“). Aber die Zionisten fanden erst dann Gehör, als es der englischen Regierung wegen der schlechten Kriegslage 1916/17 darum ging, die USA zum Eintritt in den Krieg zu bewegen. Die Briten erhofften von einer Erklärung zu Gunsten der Zionisten, dass die Juden Amerikas auf diesen Kriegseintritt hinarbeiten würden. Nicht zuletzt wollte auch Deutschland für die zionistische Bewegung eintreten. So kam es im November 1917 nach einer Reihe von Verhandlungen zwischen Zionisten und britischer Regierung zur Balfour-Deklaration. Darin wurde Zustimmung zur jüdischen „Nationalen Heimstätte“ signalisiert. Trotz des zurückhaltenden Tenors dieser Deklaration war diese ein erster politischer Sieg der Zionisten. Und die Deklaration sollte noch weitreichende Folgen haben.

Neben dieser politischen Entwicklung der zionistischen Bewegung gab es noch die Einwän-

derung von Juden nach Palästina besonders ab 1882 (neue Jischuw). Lebten um 1882 rund 24.000 Juden in Palästina, so waren es bei Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 ca. 85.000, was 12% der Gesamtbevölkerung entsprach,

So sollte auf Grund der jüdischen Präsenz in Palästina, des Zionismus, der arabischen Nationalbewegung und der Entscheidungen der Entente-Mächte Palästina zu einem zentralen Konfliktherd im Nahen Osten werden. Doch noch war der allen gemeinsame Feind das Osmanische Reich. Mit seiner Niederlage und Zerschlagung begann für den Nahen Osten eine neue Epoche,

Der Nahe Osten von 1919 bis 1933

Am 30. Januar 1919 einigte sich die Versailler Friedenskonferenz über die Abtrennung der arabischen Provinzen vom Osmanischen Reich, das somit nur noch auf das türkische Kerngebiet begrenzt war. Es folgte am 24. April 1920 das Abkommen von San Remo, mit dem weitere Eingriffe in die Länder des Nahen Ostens verbunden waren. 1922 wurde dies vom Völkerbund bestätigt, 1923 sogar von der Türkei.

Die Beschlüsse der Jahre 1919 bis 1923 führten zu einer Neuordnung des Nahen Ostens. An Stelle des Osmanischen Reiches traten jetzt Engländer und Franzosen die Herrschaft über dieses Gebiet an. Frankreich erhielt die Kontrolle über Syrien und den Libanon als französisches Mandat. Palästina, Transjordanien und der Irak wurden britisches Mandatsgebiet, so dass Großbritannien mit den von ihm abhängigen Ländern Ägypten, Sudan sowie mit den Besitzungen im Süden und Südosten der Arabischen Halbinsel über eine Hegemonialstellung im Nahen Osten verfügte (wofür es Frankreich im westlichen Nordafrika ja freie Hand ließ). Einzig und allein unabhängig blieben Hedschas und Nedsch (das spätere Saudi-Arabien) sowie der Jemen.

Die Reaktion der Araber auf diese Umverteilung der Macht, an der sie nicht teilhaben konnten, fiel natürlich entsprechend aus. In den unter englischer und französischer Kontrolle stehenden Gebieten kam es immer wieder zu arabischen Aufständen gegen die herrschenden Europäer, so zwischen 1920 und 1925 in Syrien, so etwas später im Irak. Die Mandatsmächte zogen daraus teilweise ihre Konsequenzen: Um die Ruhe wiederherzustellen, machte Frankreich Syrien 1930 zu einer Republik; 1932 wurde Irak als erstes von den Osmanen früher beherrschtes arabisches Land autonom; es wurde auch im selben Jahr in den Völkerbund aufgenommen. Ähnliches sollte mit Ägypten 1936 geschehen, und 1923 wurde Transjordanien autonomes Emirat. Dabei sollte man allerdings unter der Autonomie dieser Länder nicht allzuviel verstehen; abhängig von Großbritannien und Frankreich blieben sie trotzdem. In Palästina schließlich wurde der Gegensatz Araber – Mandatsmacht noch durch die Existenz der jüdischen Bevölkerung und Einwanderung verschärft. Dazu trug natürlich auch noch die Balfour-Deklaration bei, die zudem auf der Konferenz von San Remo wieder aufgegriffen wurde und auch in der Präambel des britischen Völkerbundsmandats erwähnt wurde.

Die Unruhen in Palästina begannen im Wesentlichen mit arabischen Ausschreitungen im April 1920 während der Konferenz von San Remo. Sie sollten erst ab 1925 beigelegt werden. Zu groß war der Widerstand der Araber gegen britische Herrschaft, gegen die Bestrebungen der Juden, eine Nationale Heimstätte zu erlangen, und gegen die jüdische Einwanderung, die zwischen 1920 und 1929 immerhin rund 75.000 Juden nach Palästina brachte. Auch hatten die Briten mit ihren Zugeständnissen gegenüber den Arabern (Churchill-

Weißbuch vom Sommer 1922) zunächst wenig Erfolg. Erst als H. Plumer 1925 Hochkommissar für Palästina wurde, stabilisierte sich die Lage, orientierte sich doch nun die englische Politik stärker an dem Churchill-Weißbuch mit seinen Zugeständnissen an die Araber. Doch erstarkte die arabische Nationalbewegung weiter und fand alsbald in dem Mufti von Jerusalem, Amin el-Husseini, einen Führer. So kam es 1929 wieder zu Unruhen in Palästina. Die deswegen ins Leben gerufene Shaw-Kommission stellte daraufhin fest, dass die Araber für die Zwischenfälle verantwortlich zu machen seien, doch machte sie auch darauf aufmerksam, und dies gemäß dem Weißbuch, dass das Gleichgewicht zwischen Juden und Arabern nicht gestört werden dürfe, dass mithin keine der beiden Volksgruppen in ihren Bestrebungen von der britischen Regierung unterstützt werden sollten. Aus den Ergebnissen der Shaw-Kommission schloss die britische Regierung, dass die jüdische Einwanderung zu einer Gefährdung des Gleichgewichts in Palästina führte, und stoppte ab Mai 1930 diese, was natürlich zu heftigen Protesten auf Seiten der Juden führte. Die Briten versuchten diese Politik durch die Veröffentlichung des Hope-Simpson-Berichts und des Passfield-Weißbuchs zu stützen; beide Papiere müssen im Zusammenhang mit dem schon erwähnten Weißbuch von 1922 gesehen werden und betonten somit ebenfalls den Ausgleich zwischen Arabern und Juden. Doch war der Widerstand der Zionisten dagegen besonders groß, und auch im englischen Mutterland geriet die Regierung unter innenpolitischen Beschuss. Der britische Premierminister MacDonald sah sich somit gezwungen einzulenken. Am 13. Februar 1931 veröffentlichte er einen Brief an die Zionisten, in dem die britische Verpflichtung gegenüber der jüdischen Nationalen Heimstätte anerkannt wurde. Die Einwanderung sollte keinen Beschränkungen mehr unterliegen. Schließlich beinhaltete das Schreiben die Verpflichtung der Mandatsmacht zur Erleichterung und Begünstigung der jüdischen Einwanderung. Trotz dieser Erklärung oder gerade wegen ihr herrschte in den folgenden Jahren in der zionistischen Bewegung Uneinigkeit vor. Ab 1933 schließlich musste sie sich zudem mit dem Problem der deutschen Juden befassen.

Im Großen und Ganzen lässt sich aber sagen, dass die jüdisch-zionistische Bewegung in Palästina bis 1933 Fortschritte gemacht hatte (ob nun mit oder gegen die englische Politik, gewiss aber gegen den Widerstand der Araber). Mit den nunmehr etwa 250.000 in Palästina ansässigen Juden waren die Zionisten ihrem Ziel der Errichtung einer Nationalen Heimstätte in Palästina näher gekommen.

Deutschland und der Nahe Osten bis zum Jahre 1933

Wie schon aus der vorhergehenden Schilderung ersichtlich ist, stand das deutsche Engagement im Nahen Osten im Schatten der britischen und französischen Einwirkungen auf dieses Gebiet. In der Tat hatten die Deutschen vor Begründung des Bismarckschen Reiches 1871 kaum Kontakt zum Orient, sieht man einmal davon ab, dass Preußen an der Londoner Konferenz von 1839/41 beteiligt war, in der u.a. Beschlüsse gegen Muhammad Ali gefasst wurden; auf Grund dieser Beschlüsse konnten England und Frankreich den Rückzug Alis aus Syrien und Palästina erzwingen. Weiter gab es preussische Militärberater im Osmanischen Reich.

Mit der Reichsgründung von 1871 bekam die deutsche Außenpolitik mehr Gewicht, was insbesondere für die Orientpolitik galt. Das zeigte sich schon auf dem Berliner Kongreß 1871, wo Deutschland zwischen den europäischen Interessen im Orient vermittelte und dadurch

selbst Zugang zum Nahen Osten erlangte. Doch stellte sich für das Deutsche Reich das Problem, im Nahen Osten ohne Konkurrenz und Rivalität mit den schon etablierten Mächten politischen Einfluss zu erlangen. Zunächst bestand aber deswegen keine Gefahr, betrachtete doch Großbritannien die deutsche Politik (insbesondere) gegenüber dem Osmanischen Reich mit Wohlwollen. Deutschlands Waffenlieferungen und Militärberater waren nämlich eine große Hilfe für die Türken gegen das Russische Reich, das ja auch im Gegensatz zu Großbritannien im Nahen Osten stand.

Folgen dieser deutsch-türkischen Freundschaft waren u.a. eine Intensivierung des wirtschaftlichen Einflusses Deutschlands im Machtbereich des Osmanischen Reiches sowie der Besuch des deutschen Kaisers Wilhelm II. in Syrien und an den Heiligen Stätten im Jahre 1898. Wilhelm II. versuchte so im Rahmen seiner Großmachtpolitik, mehr Einfluss im Orient zu erlangen; dabei sollte Frankreich aus dem Nahen Osten verdrängt werden. Der deutsch-französische Gegensatz zeigte sich dann beim Bagdadbahn-Projekt. Deutschland hatte 1903 die Konzessionen für den Bau dieser Bahn erhalten und beanspruchte dafür eine Führungsposition, die Frankreich bestritt. Schließlich konnte das Unternehmen doch begonnen werden, aber der Erste Weltkrieg beendete es bald wieder.

Im Ersten Weltkrieg stand Deutschland auf der Seite des Osmanischen Reiches. Und wie das Osmanische Reich verlor auch es den Krieg. Das brachte Folgen mit sich für die Beziehungen Deutschlands zum Nahen Osten. Mit dem politischen Übergewicht Frankreichs und Großbritanniens war dort neben dem politischen auch der wirtschaftliche Einfluß Deutschlands zurückgegangen. Erst in den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts konnte das Deutsche Reich in der arabischen Welt politisch wieder etwas Fuß fassen.

Die Beziehungen zwischen Arabern und Deutschen können als größtenteils gut bezeichnet werden. Man erinnere sich z.B. an den Ausspruch Wilhelms II., er sei der Freund aller Muslime, anlässlich seines Besuches im Nahen Osten. Diese Beziehungen wurden auch nicht wesentlich durch die Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Osmanischem Reich gestört. Zudem ergaben sich nach dem Ersten Weltkrieg Kontakte mit ehemaligen arabischen Offizieren, die in türkischen Diensten stehend, deutsche Militärberater gekannt hatten. Somit sollten auch nach dem Ersten Weltkrieg die deutsch-arabischen Beziehungen nicht abbrechen.

Wenig Kontakt hatte das Deutsche Reich vor 1933 mit der zionistischen Bewegung. Theodor Herzl, einer der Gestalter der zionistischen Bewegung, kam zwar 1898 mit Kaiser Wilhelm auf dessen Nahostreise zusammen, doch blieben die Gespräche für den Zionismus ohne Resultate. Im Ersten Weltkrieg waren dann die Briten dem Deutschen Reich mit ihrer Balfour-Erklärung zugekommen. Seitdem orientierten sich die Zionisten natürlich stark an Großbritannien, das ja zudem Mandatsmacht über Palästina wurde.

Zuletzt sei noch auf die Existenz von deutschen Siedlungen in Palästina hingewiesen. Die im Jahre 1861 in Württemberg entstandene Templergesellschaft gründete seit 1869 in Palästina Siedlungen. Templergemeinden gab es so in Jerusalem, Jaffa, Sarona, Bethlehem und Wilhelma. Auch lutheranische Deutsche hatten ihre Gemeinden in Palästina; diese waren in Jerusalem, Jaffa, Haifa und Waldheim. Die Siedler blieben deutsche Staatsbürger, die Siedlungen hatten eine gewisse Selbstverwaltung im Erziehungs- und Sozialbereich. Um 1930 gab es insgesamt 1800 Deutsche in Palästina; davon gehörten 1300 der Templergesellschaft an, 400 waren Lutheraner und rund 100 Katholiken (zumeist in geistlichen Diensten). Obwohl sie somit nur eine kleine Volksgruppe in Palästina waren, spielten sie doch in der

Politik des Dritten Reiches eine gewisse Rolle.

So waren also die Beziehungen zwischen Deutschland und dem Nahen Osten vor 1933 vielfältiger Natur, wenn sie auch nach dem Ersten Weltkrieg einen starken Einbruch erfahren hatten. Die 30er-Jahre brachten dann wieder ein verstärktes Engagement des Deutschen Reiches im Vorderen Orient, besonders über die deutsche Palästinalpolitik.

III. Die Grundlagen der deutschen Palästinalpolitik von 1933 bis 1939

Vorbemerkung

Die deutsche Politik gegenüber Palästina und dem Nahen Osten hatte natürlich auch nach der Machtergreifung Hitlers die im zweiten Kapitel beschriebenen Verhältnisse in diesem Raum zu berücksichtigen. Solange sich diese Politik mit den Arabern und den europäischen Mandatsmächten beschäftigte, blieben, wie in der Zeit vor 1933, diplomatische Erwägungen maßgebend. Anders war es gegenüber den Juden (ob in Deutschland oder eben in Palästina); hier dominierte das ideologische Moment. Und noch etwas ist zu erwähnen: Der Nahe Osten und damit auch Palästina waren für das Dritte Reich nur ein diplomatischer Nebenschauplatz. Die nationalsozialistische Außenpolitik konzentrierte sich auf Europa. Der Nahe Osten war für Deutschland nur insoweit interessant, als dass es durch geschickte Diplomatie versuchen konnte, Großbritannien und Frankreich von Geschehnissen in Europa auf die im Nahen Osten hinzulenken, was bei der gespannten Situation zwischen Mandatsmächten und Arabern durchaus möglich erschien. Ideologische Momente und ein nicht spezielles Interesse zeichneten mithin die deutsche Palästinalpolitik zwischen 1933 und 1939 aus. Ihr Stellenwert war somit nicht allzu groß,

Die Träger der deutschen Palästinalpolitik

Eine Vielzahl von Ministerien, Ämtern und Stellen in Deutschland und auch im Nahen Osten waren an der deutschen Palästinalpolitik beteiligt. Diese trafen auch im Großen und Ganzen die Entscheidungen, denn eine klare „Führerweisung“, wie man sich bezüglich des Nahen Ostens und Palästina zu verhalten hätte, gab es nicht. Adolf Hitler hatte sich zwar vor 1933 ablehnend gegen einen jüdischen Staat in Palästina geäußert, doch waren Äußerungen dieser Art nach der „Machtergreifung“ nicht mehr gemacht worden.

So verblieb die Entscheidungsfindung in der Palästinalpolitik bei folgenden Institutionen: Außenminister; Auswärtiges Amt; Botschaften, Generalkonsulate und Konsulate in Europa und im Nahen Osten; Reichsinnenministerium; Reichswirtschaftsministerium; Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda; Auslandsorganisation der NSDAP; Außenpolitisches Amt der NSDAP; Rassenpolitisches Amt der NSDAP; Gestapo, Sicherheitsdienst, SS und Abwehr; Führerkanzlei, Büro des Führerstellvertreters. Man erkennt: Am Entscheidungsprozess nahmen neben den Staatsbehörden auch die Behörden der NSDAP mit teil. Damit wurde die Palästinalpolitik sowohl von staatlichen Stellen als auch von der nationalsozialistischen Partei mitgestaltet. Neben die Diplomatie gesellte sich die Ideologie.

Die Parteibehörden, die an der Palästinalpolitik beteiligt waren, waren insbesondere die Auslandsorganisation (AO), das Außenpolitische Amt (APA), das Rassenpolitische Amt und der Sicherheitsdienst (SD). Die AO war die Organisation der NSDAP für deutsche Staatsbürger außerhalb des Deutschen Reiches. Im Zusammenhang mit der Palästinalpolitik war natürlich die Parteiorganisation in Palästina maßgeblich, wo es ja auch deutsche Siedler gegeben hat. Führer der NSDAP-Sektion dort war der Landesgruppenleiter, der wiederum von seinen Vorgesetzten im APA Anweisungen erhielt. Wichtig ist noch die Erwähnung des Außenhandelsamts, das Teil der AO gewesen ist. Das APA wurde von Alfred Rosenberg geführt. Daneben gab es noch eine nationalsozialistische Abteilung im Auswärtigen Amt, das sogenannte Referat Deutschland.

„Reguläre“ Stellen im Auswärtigen Amt, die mit der Palästinalpolitik befasst waren, gab es folgende: Politische Abteilung; Referat VII (Orientabteilung); Referat IV (zuständig u.a. für Italien); Kulturabteilung (zuständig auch für Auswanderung); Handelspolitische Abteilung. Dem Auswärtigen Amt angegliedert waren die Botschaften, Generalkonsulate und Konsulate sowie die Gesandtschaften. Von diesen Stellen sind hier von Interesse: Deutsche Botschaft in London (Großbritannien); Deutsche Botschaft in Rom (Italien); Deutsche Gesandtschaft in Bagdad (Irak); Deutsches Generalkonsulat in Jerusalem (Palästina-Mandat); Deutsches Konsulat in Beirut (Libanon, französisches Mandat). Reichsäußenminister schließlich war von Juni 1932 bis Februar 1938 von Neurath, danach Ribbentrop.

An der Palästinalpolitik waren dann weiter beteiligt das Reichsinnenministerium und das Reichswirtschaftsministerium, Letzteres besonders mit der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung (Haavara-Abkommen). Daneben sicherten die Führerkanzlei und das Büro des Führerstellvertreters die Kontakte zu Adolf Hitler,

Nicht zuletzt spielte auch das Reichspropagandaministerium mit der gleichgeschalteten Presse eine Rolle. Es gab einige Artikel in deutschen Zeitungen über die Palästinalpolitik des Dritten Reiches (teilweise initiiert von Nazigrößen), die dieser Politik sogar teilweise entgegenstanden. Auch wurde die Presse mehrmals von den an der Palästinalpolitik beteiligten Behörden angewiesen, eine bestimmte Meinung zu vertreten.

So ergibt sich alles in allem ein recht unübersichtliches Bild von den mit Palästina befassten Stellen. Der Willensbildungsprozess in den zuständigen Behörden war auch demgemäß kompliziert; Resultate gab es nur nach Abstimmung zwischen den einzelnen Behörden, und diese waren besonders bei Meinungsverschiedenheiten sehr schwierig zu erlangen. Es fehlte eben in der Palästinalpolitik der „Führerentscheid“.

Politische Grundlagen der deutschen Palästinalpolitik

Das Dritte Reich und die Juden. Nach der „Machtergreifung“ Adolf Hitlers begann für die Juden in Deutschland eine Zeit der Verfolgungen, die hier nur durch folgende Etappen gekennzeichnet werden soll:

1933: Es kommt zu einigen Boykottmaßnahmen gegen Juden und besonders gegen beamtete Juden (Beschlüsse vom 1. April und 7. April 1933)

1935: Nürnberger Gesetze: Das Reichsbürgergesetz unterscheidet zwischen Reichsbürger und Staatsangehörige (u.a.: Juden), wobei Letztere schlechter gestellt sind. Das Gesetz „zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ verbot Mischehen zwischen

Deutschen und Juden; u.a. 13 Verordnungen ergänzten in den folgenden Jahren die Gesetze und verschärften sie.

1938: Reichskristallnacht und Herausdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben (Boycott) sowie dem Kulturleben (Verbot von Theaterbesuchen, Aufhebung der Schulpflicht für jüdische Kinder, Sperrung der höheren Schulen).

(1942: Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 und Beschluss der „Endlösung der Judenfrage“.)

Parallel dazu lief der Versuch, Deutschland „judenrein“ zu machen. In der Tat gab es von den 500.000 Juden in Deutschland und 185.000 in Österreich bei Kriegsausbruch 1939 nur noch ca. 275.000 im deutschen Machtbereich. Zu dieser großen Zahl von Auswanderungen und Vertreibungen hat auch das sogenannte (und im Zusammenhang mit der Palästinalpolitik interessierende) Haavara-Abkommen beigetragen.

Das Haavara-Abkommen (oder auch Transfer-Abkommen) war ein Abkommen zwischen der zionistischen Bewegung und den Behörden des nationalsozialistischen Deutschlands, namentlich dem Reichswirtschaftsministerium. Es wurde 1933 abgeschlossen und beinhaltete eine Auswanderung von Juden mit der Transferierung des dazugehörigen Auswanderungsvermögens in Warenform nach Palästina. Die Warenform (also den Wareneinkauf in Deutschland gegen Geld, den Warentransport nach Palästina und den Warenverkauf in diesem Land) ergab sich aus devisenrechtlichen Bestimmungen des Deutschen Reiches, Ebenso ergaben sich Vermögensverluste für die am Transfer beteiligten Juden, waren doch die deutschen Warenexporte nach Palästina meistens zu teuer und mussten Bonifikationen gezahlt werden.

Trotzdem trug das Abkommen dazu bei, dass im Zeitraum von 1933 bis 1939/41 rund 55.000 deutsche Juden nach Palästina gelangen konnten. Insgesamt wanderten in diesen Jahren rund 250.000 Juden in Palästina ein, so dass es 1939 rund eine halbe Millionen Juden dort gab.

Die deutschen Behörden versprachen sich von dem Abkommen folgende Vorteile: eine bessere Verfolgung der nationalsozialistischen Ziele („judenreines“ Deutschland); eine Intensivierung des Handels mit den Ländern des Nahen Ostens (Absatzmarkt Palästina); eine jüdische Auswanderung aus Deutschland, ohne dass das Deutsche Reich große Verluste an Devisen hätte; einen Einbruch in die gegen das Reich gerichtete „jüdische Boykottfront“.

Tatsächlich hatte das Haavara-Abkommen teilweise die daran gestellten Forderungen erfüllen können. Es war somit ein Faktor, auf dem die deutsche Palästinalpolitik basieren konnte, wenn auch das Abkommen in den zuständigen Stellen häufig kontrovers diskutiert wurde.

Das Verhältnis zu Großbritannien. Ein bestimmender Faktor in der Palästinalpolitik des Deutschen Reiches war auch das Verhältnis des Dritten Reiches zur Mandatsmacht Großbritannien. Die Englandpolitik Hitlers nahm ja einen wesentlichen Teil in der Außenpolitik des nationalsozialistischen Deutschlands ein. Sie war zunächst geprägt von dem Versuch, eine englisch-deutsche Allianz zu erlangen, Dies scheiterte, obwohl gerade das englisch-deutsche Flottenabkommen vom 18. Juni 1935 die Isolation Deutschlands in den Jahren davor beendete und Aussichten für eine weitere Zusammenarbeit eröffnete. Doch war dieses Flottenabkommen der Beginn der englischen „appeasement“- („Beschwichtigungs“-) Politik gegenüber Deutschland. Von einer Allianz zwischen Deutschland und Großbritannien war indes nicht die Rede, zumal sich im Laufe der Jahre auch die antideutsche Stimmung in England ver-

stärkte. Auch die Beschwichtigungspolitik scheiterte, was der Anschluss Österreichs, das Münchner Abkommen und die Zerschlagung der Tschechoslowakei zeigte (1938/39). Die englisch-deutschen Beziehungen verschlechterten sich nun zusehends.

Die europäische Politik hatte ihre Auswirkungen in Palästina. Auch hier verfolgte Großbritannien als Mandatsmacht eine Beschwichtigungspolitik, nämlich gegenüber den Arabern. Und entsprechend der vorrangigen Englandpolitik Hitlers versuchte die deutsche Palästinalpolitik es zu vermeiden, die britische Mandatsmacht zu belasten.

Das Verhältnis zu Italien. Italien unter Mussolini war seit 1936 Verbündeter des Deutschen Reiches. Es verfügte im Vorderen Orient als Kolonialmacht über Besitzungen, von denen die wichtigsten das 1912 annektierte nordafrikanische Libyen und das 1936-eroberte Abessinien waren. Damit war aber Italien zur Sicherung seiner Gebietsstände auf einen Ausgleich mit Großbritannien bedacht, konnte jedoch dadurch leicht in einen gewissen Gegensatz zur deutschen Palästinalpolitik geraten.

Die Deutschen in Palästina. Die deutschen Siedlungen der Templergesellschaft und der Lutheraner waren auch für das nationalsozialistische Deutschland von Interesse. Es suchte über die NSDAP-Sektion in Palästina Einfluss zu gewinnen. Diese war schon im Jahre 1932 entstanden, zählte aber im September dieses Jahres nur sechs Mitglieder, bei Hitlers „Machtergreifung“ sogar nur fünf. Trotzdem gelang es der NSDAP in den folgenden Jahren politisches Terrain zu gewinnen, nicht zuletzt deshalb, weil viele Deutsche unter dem Eindruck der „Machtergreifung“ und des neuen nationalsozialistischen Deutschlands standen. So stieg die Mitgliederzahl bis zum Sommer 1933 auf 42, bis Ende 1935 sogar auf 250. Die NSDAP-Landesgruppe wurde zum bestimmenden Faktor, was sich in den Kontakten mit dem Auswärtigen Amt beispielsweise zeigte. Damit war das Schicksal der deutschen Siedler in Palästina untrennbar verknüpft mit dem Schicksal des Deutschen Reichs, und damit musste sich auch die deutsche Palästinalpolitik mit den Palästina-Deutschen beschäftigen.

Zusammenfassung

Die deutsche Palästinalpolitik basierte somit auf folgenden grundlegenden Faktoren: der ideologischen Komponente der nationalsozialistischen Außenpolitik; der Tatsache, dass Palästina nur ein diplomatischer „Nebenschauplatz“ war; darauf, dass an der Palästinalpolitik eine Vielzahl von Staats- und Parteibehörden beteiligt waren, die zudem nicht unter sich einig waren, da eine klare „Führerweisung“ fehlte; dem Haavara-Abkommen und der Einwanderung von deutschen Juden in Palästina; dem Verhältnis zu Großbritannien gemäß Hitlers Englandpolitik; dem Verhältnis zu Italien, das eigene Interessen im Nahen Osten hatte; dem Verhältnis zu den deutschen Siedlern in Palästina, die immer mehr unter den Einfluss der NSDAP-Landesgruppe gerieten und somit in die deutsche Politik mit einbezogen wurden; und schließlich der Tatsache, daß das Dritte Reich keine territorialen Interessen im Nahen Osten hatte (im Gegensatz zu Italien).

Neben diesen längerfristigen Faktoren der deutschen Palästinalpolitik bestimmte natürlich auch das „tagespolitische“ Geschehen (besonders in Palästina) die Entscheidungen der zuständigen Stellen. „Tagespolitik“ und Ablauf der deutschen Palästinalpolitik werden deswegen im Zusammenhang im nächsten Kapitel geschildert.

IV. Die deutsche Palästinalpolitik von 1933 bis 1939

Einleitung

Die deutsche Palästinalpolitik in den Jahren 1933 bis 1939 lässt sich in zwei Phasen einteilen. Die erste Phase von 1933 bis 1937 (oder 1936/37) ist dadurch gekennzeichnet, dass die dafür zuständigen Stellen im Wesentlichen eine Politik verfolgten, die schon vor 1933 in der Zeit der Weimarer Republik betrieben wurde. Diese Politik bezog sich zu einem großen Teil auf wirtschaftliche Kontakte zwischen dem Deutschen Reich und dem Nahen Osten. Beispiel dafür ist ja das Haavara-Abkommen, das die Handelsbeziehungen intensivieren und den Absatzmarkt in Palästina sichern sollte. Daneben gab es noch die Beziehungen zu den deutschen Siedlern in Palästina, die über die NSDAP verstärkt wurden. Doch hatten die Staatsbehörden, wie das Auswärtige Amt, in dieser Phase nur wenig Kontakt mit den Palästina-Deutschen.

Griff also die deutsche Politik in dieser Zeit nicht direkt in Palästina ein, so war doch ihr indirekter Einfluss durch die Bestimmung von Palästina zum Haupteinwanderungsland für deutsche Juden unübersehbar. Begünstigt durch das Haavara-Abkommen, wanderten nun mehr Juden ein, arabische Reaktionen blieben nicht aus, es kam seit 1936 wieder zu Unruhen in Palästina („arabische Revolution“). Mit dem Beginn dieser arabischen Aufstandsbewegung, die, von einigen Unterbrechungen abgesehen, bis 1939 anhalten sollte, begann auch eine Umorientierung der deutschen Palästinalpolitik, die die zweite Phase von 1937 bis 1939 kennzeichnen sollte.

Insbesondere war durch die Teilungspläne der Peel-Kommission die Existenz eines jüdischen Staates in Palästina augenscheinlich in unmittelbare Nähe gerückt; die englische Politik orientierte sich an diesen Plänen, und das nationalsozialistische Deutschland musste sich zur Verhinderung einer jüdischen Nationalen Heimstätte politisch umorientieren. Damit war natürlich z.B. eine Diskussion des Haavara-Abkommens oder der deutsch-arabischen Beziehungen verbunden; das Verhältnis zu England musste analysiert werden usw.

Zusammenfassend lässt sich also sagen: In der ersten Phase 1933 bis 1937 dominierten in der deutschen Palästinalpolitik die wirtschaftlichen und handelspolitischen Belange. Die zweite Phase 1937 bis 1939 war von politischen und ideologischen Erwägungen (in Bezug auf einen jüdischen Staat z.B.) bestimmt.

Die erste Phase 1933-1937

Das Geschehen in Palästina. Verglichen mit den arabischen Aufständen von 1929 war die Lage in Palästina bis zum Jahre 1936 ruhig, wenn auch die Spannungen zwischen Arabern und Juden wieder zunahmen. Der McDonald-Brief vom Februar 1931 hatte den Juden den Weg nach Palästina wiedergeöffnet und die zionistische Organisation in ihrem Protest gegen die englische Palästinalpolitik teilweise beruhigt. Trotz der Spannungen innerhalb der zionistischen Bewegung, oder besser zwischen zionistischen Bewegungen (Allgemeine Zionisten, Revisionisten-Zionisten usw.), schritt nun der Aufbau der Nationalen Jüdischen Heimstätte in Palästina voran. Es wurde ja schon vorher auf die verstärkte Einwanderung von Juden hingewiesen. So kam es nun zu einer verstärkten jüdischen Investition in Handel, Handwerk

und Industrie. Abzulesen ist dies an der Zunahme der Stromerzeugung von 3 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1931 auf 25 Millionen 1939.

Ebenso wichtig wie die Einwanderung war der Transfer von jüdischem Vermögen nach Palästina. Insgesamt sollen zwischen 1933 und 1939 Vermögenswerte in Höhe von rund 63 Millionen Pfund in dieses Land gelangt sein. Ein nicht unbeträchtlicher Teil davon bestand aus Sachwerten, die deutsche Juden mittels des Haavara-Abkommens nach Palästina gebracht hatten. Auch durch diesen Kapitalzufluss wurden die eben genannten Investitionen ermöglicht. Nicht zu vergessen ist außerdem, dass in dieser Zeit auch die jüdische Landwirtschaft eine Steigerung erfuhr. Schließlich war die Landwirtschaft eine der wichtigsten Grundlagen der jüdischen Volksgruppe in Palästina.

So ergab sich insgesamt eine Stärkung der jüdischen Volksgruppe in Palästina. Dagegen wandten sich natürlich die palästinensischen Araber: Im Oktober 1933 kam es zu Demonstrationen und Aufruhr gegen die Mandatsbehörden und die Juden. Zentrum dieser Ausschreitungen waren die Städte. Arabische Nationalisten forderten 1935 eine legislative Versammlung für Palästina. Doch verhielten sich die Juden und auch Kreise in Großbritannien diesem Vorschlag ablehnend gegenüber, während die meisten Araber ihn positiv bewerteten. So blieb die Lage in Palästina bis zum Ausbruch der Araberunruhen 1936 gespannt.

Die deutsche Palästinalpolitik. Wie schon oben geragt, war die deutsche Politik in dieser Phase zunächst von wirtschaftlichen und handelspolitischen Erwägungen bestimmt. Hinzu kam der ideologische Faktor bei der Förderung der jüdischen Auswanderung von Deutschland nach Palästina. Beides, wirtschaftliches und ideologisches Interesse, verband sich mit dem Haavara-Abkommen. Dieses sollte nach Meinung von Ernst Marcus, einem Zionisten, der an dem Abschluss des Transferabkommens mitgewirkt hatte, auch Hitlers Zustimmung bekommen haben. Hitler hatte auf einer Rede am 24. Oktober 1933 gesagt, dass Deutschland im Gegensatz zu England die jüdische Emigration unterstützen würde. Doch ist nicht klar, ob sich Hitler wirklich auf das Haavara-Abkommen bezogen hat. Dagegen bezogen die für die Palästinalpolitik zuständigen deutschen Stellen Äußerungen Hitlers, die er im Jahre 1935 gemacht haben soll, auf diese Übereinkunft. Die Schwierigkeit dabei war nur, dass Hitler seine Äußerungen nur mündlich an seine Umgebung weitergab. So waren die Stellen auf die Aussagen von Männern angewiesen, die im Kontakt zu Hitler standen. Das waren in diesem Fall ein Repräsentant des Innenministeriums, der berichtete, dass auf Anweisung des Führers die jüdische Auswanderung gestoppt werden sollte und die Juden statt dessen als Geiseln genommen würden, und ein Vertreter des Führerstellvertreters der genau das Gegenteil behauptete, nämlich dass der Führer beschlossen hätte, die freiwillige jüdische Auswanderung zu fördern. Die zuständigen Behörden waren in diesem Fall wohl ratlos, drehte sich doch bei ihren Besprechungen alles darum, den „Führerwillen“ zu erkunden. Zum Glück kamen Führeräußerungen zur Palästinalpolitik nur selten vor.

Diese Szene beleuchtet aber doch, dass die deutsche Palästinalpolitik nicht einheitlich war. Es wurde ja schon erwähnt, dass die Parteibehörden mehr die ideologische, die Staatsbehörden mehr die diplomatische Seite der Politik betonten. Aber auch dies war nicht einheitlich: Der nicht nationalsozialistisch gesinnte Außenminister von Neurath wandte sich entschieden gegen irgendwelche Zugeständnisse an Juden, der Leiter des nationalsozialistischen Referats Deutschland, von Bülow-Schwante, strich dagegen die Ähnlichkeit der Ziele der zionistischen Bewegung und der Reichsbehörden in Bezug auf die Auswanderung der Juden her-

aus (1934). Letzteres geschah in einem Memorandum an die deutschen Repräsentanten außerhalb des Deutschen Reiches.

Im Allgemeinen sah es doch so aus, dass vornehmlich die Parteibehörden gegen die Förderung der jüdischen Auswanderung nach Palästina eintraten. Trotzdem wurde zwischen 1933 und 1936/37 nichts an diesem Grundsatz der deutschen Palästinalpolitik geändert. Unverändert blieb auch die Einstellung gegenüber zwei Gruppen im Nahen Osten und ihren Wünschen: den Arabern und den deutschen Siedlern in Palästina. Sie wurden einfach von der deutschen Politik ignoriert. Dabei wurden doch die deutschen Siedler von der NSDAP und der AO umworben. Die NSDAP in Palästina versuchte die Kontrolle über die deutschen Siedlungen zu erlangen, was sie auch weitgehend erreichte, obwohl ihr Kandidat für die Nachfolge des Präsidenten der Templergesellschaft bei den Wahlen dazu durchfiel (1935). Stattdessen gelang der NSDAP die Absetzung des deutschen Generalkonsuls in Jerusalem, der mit einer Jüdin verheiratet war und die Beziehungen zwischen Juden und Deutschen förderte. Generalkonsul Wolff wurde 1935 abberufen. An seine Stelle trat Wilhelm Döhle, der der Palästina-NSDAP alle nur erdenkliche Hilfe gab (unter Verwendung der offiziellen Behörden) und die Kontakte der offiziellen deutschen Behörden zu den Juden auf ein Minimum reduzierte. Die jüdisch-deutschen Kontakte waren schon vorher nicht sehr gut gewesen, was auf den Einfluss der NSDAP zurückgeführt werden muss; nun verschlechterten sie sich noch mehr: 1936 kam es zu einem jüdischen Boykott gegen die deutschen Siedler. Zur Verschlechterung der Beziehungen trug sicher auch das Haavara-Abkommen bei; deutsche Siedler konnten nämlich nur über die am Transfer beteiligte Haavara Ltd. Waren aus Deutschland beziehen. Nicht zuletzt basierten die schlechten Beziehungen auf der großen Zahl jüdischer Einwanderer, die nach Palästina drängten, und auf der Furcht der Deutschen, durch die Juden verdrängt zu werden.

Die gleiche Furcht hatten die Araber. Sie waren in einer ähnlichen Situation wie die Palästina-Deutschen. Auch sie wurden durch die deutsche Politik der Förderung der jüdischen Einwanderung benachteiligt. Eine Wende in den deutsch-arabischen Beziehungen zeichnete sich immerhin durch die Ernennung Döhles zum Generalkonsul in Jerusalem ab. Hatte sein Vorgänger Wolff kaum Kontakt mit den Arabern, so suchte Döhle diesen als Konsequenz seines weitgehenden Abbruchs der Beziehungen zu den Juden. In der Zeit der „arabischen Revolution“ von 1936 bis 1939 sollten die Kontakte weiter intensiviert werden (zweite Phase der deutschen Palästinalpolitik). Doch waren alle diese Kontakte nur unter Berücksichtigung der englischen Interessen, möglich, die gemäß Hitlers Englandpolitik möglichst nicht verletzt werden sollten. Dasselbe gilt auch für die Beziehungen zu den Palästina-Deutschen.

Die zweite Phase 1936/37-1939

Die „arabische Revolution“ 1936-1939. Im Jahre 1936 begannen wieder arabische Unruhen in Palästina. Das im April gegründete arabische Oberkomitee stellte an die britische Mandatsverwaltung folgende Forderungen: Errichtung einer totalen Einwanderungssperre; Verbot des Landverkaufs an Juden; Errichtung einer arabischen demokratischen Regierung. Außerdem wurde ein sechswöchiger Generalstreik ausgerufen, der auch weitgehend befolgt wurde. Parallel dazu liefen arabische Überfälle auf jüdische Siedlungen, Eisenbahnanlagen usw. Sogar die Ölpipeline von Irak nach Haifa wurde beschädigt.

Englische Gegenmaßnahme war zuerst die Entsendung einer königlichen Kommission unter

der Leitung von Lord Peel, eben der Peel-Kommission. Arbeiteten zunächst die Araber mit dieser Kommission zusammen, so empfanden sie die im Juli 1937 publizierten Ergebnisse, insbesondere die Teilungspläne, als unannehmbar. Ende September 1937 brachen weitere Unruhen aus, Großbritannien löste daraufhin das arabische Oberkomitee und verbannte seine Mitglieder auf die Seychellen mit Ausnahme des Muftis von Jerusalem, el-Husseini, der nach Syrien fliehen konnte. Mit der Absetzung des Hochkomitees waren aber die Unruhen noch lange nicht beendet. Erst als die Briten Ende 1938 rund 20.000 Soldaten zusammengebracht hatten, gelang es ihnen, der Revolte Herr zu werden. Doch zogen sich die Kämpfe noch bis ins Jahr 1939 hin.

Neben dieser militärischen Lösung versuchten die Engländer den Konflikt auch politisch zu lösen. Das sollte mit der sog. Woodhead-Kommission geschehen, die sich vom April bis zum Juli 1938 in Palästina aufhielt, aber keine durchschlagenden Ergebnisse veröffentlichte, zumal die Araber die Kommission boykottierten. Wenig erfolgreich war auch die Londoner Konferenz (St. James's Konferenz), die vom 8. Februar 1939 bis zum 17. März 1939 stattfand und an der Vertreter der Zionisten, der palästinensischen Araber und der arabischen Staaten teilnahmen. Dass auch Vertreter der arabischen Staaten eingeladen wurden, erklärt sich daraus, dass es Großbritannien daran gelegen war, mit diesen Staaten den Palästina-Konflikt zu lösen; hatten doch die Araber aus Syrien, Ägypten und dem Irak die Palästina-Araber während ihres Aufstands unterstützt (arabische Kongresse in Kairo, Bloudan u.ä.). Einen gewissen Abschluss der englischen Politik während der arabischen Revolution bildete das Weißbuch vom 17. Mai 1939.

Wie reagierten nun die Juden auf den arabischen Aufstand? Zunächst einmal hielt die jüdische Einwanderung nach Palästina auch während der Unruhen an; zudem stieg die Zahl der illegalen Einwanderer. Entsprechend der Einwanderung ging auch der Aufbau der jüdischen Heimstätte voran - trotz der Unruhen. Die Palästina-Juden stellten nämlich mit britischer Hilfe jüdische Polizeieinheiten auf, die die Aufgabe hatten, Juden und jüdischen Besitz zu schützen. Wie die Briten die Juden unterstützten in ihrer Verteidigung gegen arabische Übergriffe, so mussten sich die Juden an die Engländer halten, konnten sie doch nicht auf die Hilfe einer anderen Großmacht rechnen. So mussten sie also die englische Politik weitgehend akzeptieren, obwohl diese den jüdischen Wünschen oft entgegenlief (Weißbuch von 1939 beispielsweise).

Die Peel- und Woodhead-Kommission, das Weißbuch von 1939. Die mit den arabischen Unruhen befasste Peel-Kommission veröffentlichte ihren Bericht am 7. Juli 1937. Darin war folgendes enthalten: eine Würdigung des jüdischen Aufbaus der Nationalen Heimstätte, die zu einem, so der Bericht, „gut funktionierendem Unternehmen“ geworden sei; eine Würdigung der damit verbundenen Hebung des Lebensstandards in Palästina, die auch den Arabern zugute gekommen war; eine Auflistung der Gründe für die arabischen Unruhen, nämlich: der Wunsch der Araber nach nationaler Unabhängigkeit, die Furcht der Araber vor der Errichtung der jüdischen Nationalen Heimstätte; eine Bestätigung der Verpflichtung Großbritanniens als Mandatsmacht gegenüber den Juden.

Neben dieser Analyse der Vorgänge in Palästina hatte die Kommission noch folgende Vorschläge zur Lösung des Konflikts gemacht: die Zahl der jüdischen Einwanderer sollte auf 12.000 pro Jahr beschränkt werden; der Landverkauf an Juden sollte eingeschränkt werden; Palästina sollte in einen arabischen und einen jüdischen Staat geteilt werden, da nach An-

sicht der Kommission sich arabische und jüdische Interessen widersprüchen, hinzu käme noch eine britische Enklave.

Die englische Politik baute nun auf dem Bericht der Peel-Kommission auf, was in einem Weißbuch publiziert wurde. Sie entschied sich für ein Landverkaufsverbot an Juden in den Gebieten, die für den arabischen Staat vorgesehen waren. Außerdem wurde die jüdische Einwanderung beschränkt.

Die englische Palästinalpolitik wurde aber in der Folgezeit immer mehr zu einer „appeasement“-Politik gegenüber den Arabern, nicht zuletzt durch den innenpolitischen Druck in Großbritannien. Schon während der Anwesenheit der Woodhead-Kommission in Palästina machte sich ein Abrücken von den Teilungsplänen der Peel-Kommission bemerkbar. Trotzdem arbeitete die zweite Kommission an den Teilungsplänen weiter und präsentierte im November 1938 drei solcher Pläne, Plan A bis C. Das abschließende Ergebnis schließlich war unbefriedigend. Die britische Regierung gab die Teilungspläne in einen neuen Weißbuch dann auf Grund politischer, administrativer und finanzieller Schwierigkeiten, wie sie betonte.

Die Londoner Konferenz brachte als Ergebnis eine englische Palästinalpolitik, die weder die Araber noch die Juden wünschten. Dabei machten die Briten den Arabern Zugeständnisse, die nach jüdischer Auffassung die völlige Annullierung der Balfour-Deklaration bedeutete. Den Arabern waren diese Zugeständnisse nicht groß genug, den Juden zu groß. Im Gegensatz zu den Arabern hatten aber die Juden keine andere Möglichkeit, als die englische Politik zu akzeptieren. Die Araber hatten mehr Spielraum (besonders in Hinblick auf Deutschland und die „Achsenmächte“) gewonnen und wurden deshalb von Großbritannien umworben.

Im Weißbuch vom 17. Mai 1939 bekräftigte Großbritannien nochmal seine auf der Londoner Konferenz eingeschlagene Politik. Demnach waren die Absichten der britischen Regierung: innerhalb von zehn Jahren einen unabhängigen palästinensischen Staat zu schaffen; in den fünf Jahren bis 1944 nur noch 75.000 Juden nach Palästina einwandern zu lassen, so dass der Anteil der jüdischen Bevölkerungsgruppe dort nunmehr 33 1/3 Prozent betragen sollte; die Einwanderung von Juden nach 1944 nur mit Zustimmung der Araber vonstatten gehen zu lassen; die Jüdische Ansiedlung nur auf bestimmte Gebiete zu beschränken.

Dieses Weißbuch war nun der Schlusspunkt einer Entwicklung in der englischen Palästinalpolitik, die mit dem Scheitern des „Appeasements“ gegenüber Hitler begonnen hatte. Das Scheitern brachte ja die Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und Großbritannien mit sich. Und Großbritannien musste seine gefährdete Herrschaft im Nahen Osten stützen. Dies geschah auf Kosten der Juden und zugunsten der Araber.

Die deutsche Palästinalpolitik: Probleme 1937-1938. Die durch die Araberrevolte und durch die englische Reaktion darauf veränderte Lage in Palästina musste auch Veränderungen in der bisherigen deutschen Palästinalpolitik bewirken. Eine Umorientierung war angebracht und damit auch eine Überprüfung der bisherigen Politik. So fand ab 1937 bei den zuständigen deutschen Stellen eine Diskussion folgender Problemkreise statt: die Möglichkeit der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina (Teilungspläne); das Haavara-Abkommen; die deutschen Siedler in Palästina; die deutsch-arabischen Beziehungen.

Die deutsche Palästinalpolitik: Die deutschen Stellen und die Palästinafrage 1937. Schon vor 1937 war die Gefahr einer Errichtung eines jüdischen Staates von den deutschen Behörden

diskutiert worden. Anlass war u.a. eine Stellungnahme A. Rosenbergs, des Führers des APA im „Völkischen Beobachter“: Rosenberg warnte darin vor den vom Zionismus drohenden Gefahren. Das Referat Deutschland veröffentlichte daraufhin einen Bericht, dessen Kernsatz die Forderung nach der Unterstützung der englischen Palästinalpolitik war. Außerdem wurden nochmals die Vorteile der jüdischen Auswanderung nach Palästina betont, wenn auch eine „Zersplitterung des Weltjudentums“ ebenfalls Vorteile bieten und den (außenpolitischen) „deutschen Abwehrkampf gegen das Judentum“ erleichtern würde. Doch wurden diese Überlegungen im Auswärtigen Amt zunächst nicht weiter verfolgt, auch nicht nach Beginn der arabischen Unruhen in Palästina (April 1936) und nach der Entsendung der Peel-Kommission. Gemäß der Meinung des deutschen Generalkonsuls Döhle sollten sich die deutschen Behörden gegenüber der Peel-Kommission sowieso zurückhalten. Erst in Januar 1937 kam dann die Palästinafrage im Auswärtigen Amt wieder zur Diskussion. Legationsrat Hinrichs vom Referat Deutschland betonte dabei (auch in Hinblick auf die Peel-Kommission), dass der „Einfluß des Weltjudentums“ zugenommen hätte, ja durch einen jüdischen Staat sich sogar beträchtlich verstärken könne. Das Deutsche Reich sollte auf England dahingehend einwirken, dass dieses Forderungen nach einem jüdischen Staat zurückweise. Der Leiter des Referats Deutschland von Bülow-Schwante unterstützte die Vorstellungen Hinrichs, in dem er beim Reichsinnenministerium anfragte, ob es neben Palästina nicht noch andere Auswanderungsländer für Juden geben könne. Das Orientreferat stimmte mit dem Referat Deutschland zwar in seinen grundsätzlichen Überlegungen bzgl. des „Weltjudentums“ überein, glaubte aber an keine Errichtung eines jüdischen Nationalstaats. Ebenso betonte der stellvertretende Leiter der Politischen Abteilung, Freiherr von Weizsäcker, dass es nicht notwendig sein werde, auf die britische Mandatsregierung einzuwirken. Weiter wurde aber gegenüber den für die Auswanderung zuständigen Behörden die Meinung Bülow-Schwantes unterstützt, auch andere Länder als Palästina für die jüdische Auswanderung in Betracht zu ziehen.

Damit übte das Auswärtige Amt Zurückhaltung in der Palästinafrage: eine „Revision der Auswanderungspolitik“ wurde betont, eine weitergehende Einflussnahme auf die Entwicklung in Palästina abgelehnt. Dies entsprach auch der Einstellung Generalkonsuls Döhle: In seinem Bericht vom 22. März 1937 forderte dieser deshalb auch eine Beschränkung des Haavara-Abkommens und seiner Auswirkungen auf die deutschen Siedler, die Briten und die Palästina-Araber. Außerdem sollten die Beziehungen zu den Arabern, allerdings vorsichtig, verstärkt werden, was in handelspolitischer Sicht besonders Vorteile versprach. Auch glaubte Döhle nicht an eine Errichtung eines jüdischen Staates.

Im Zusammenhang mit auftretenden Gerüchten über Teilungspläne (der Peel-Kommission) im April 1937 kam es dann im selben Monat zu Gesprächen zwischen dem deutschen Gesandten in Bagdad Grobba und dem englischen General Dill. Grobba meinte dabei, dass das Deutsche Reich einen symbolischen jüdischen Staat, ähnlich dem Vatikanstaat, durchaus akzeptieren könnte. Damit stand aber Grobba im direkten Gegensatz zu der Meinung im Auswärtigen Amt, das in einer Besprechung am 24. Mai 1937 den von Schumberg, dem Legationsrat im Referat Deutschland, zusammengefassten Ausführungen zustimmte. Diese Ausführungen beinhalteten: die Aussage, die Bildung eines jüdischen Staates zu unterbinden; eine Stärkung der Palästina-Araber gegenüber dem jüdischen Staat, der auf die Dauer doch nicht zu verhindern sei; eine Absprache mit Italien hinsichtlich einer untereinander abgestimmten Politik. Eine entsprechende Vorlage erreichte danach den Außenminister von

Neurath. Am 1. Juni 1937 wurde sie an die deutschen Vertretungen in London, Bagdad und Jerusalem geschickt. Auf eine Benachrichtigung der deutschen Botschaft in Rom wurde verzichtet, aus Rücksicht auf mögliche gegensätzliche Interessen zwischen Italien und Großbritannien im Nahen Osten und im Mittelmeer.

Die Palästinapolitik des Deutschen Reiches kam zu einem gewissen Abschluss mit dem Runderlass vom 22. Juni 1937. Dieser Runderlass ging sowohl an die diplomatischen Stellen im Ausland als auch an die mit der jüdischen Auswanderung beschäftigten Partei- und Staatsbehörden im Inland. Darin wurde die bisherige Politik des Auswärtigen Amtes bestätigt. Neben der Haltung gegen die Errichtung eines jüdischen Palästinastaates forderte das Auswärtige Amt eine „zersplitterte Auswanderung“ der Juden. Die bisherige Politik der Förderung der jüdischen Auswanderung nach Palästina sollte jedenfalls nicht mehr fortgeführt werden.

Damit hatte also schon eine Umorientierung der deutschen Palästinapolitik stattgefunden, noch bevor die Befunde der Peel-Kommission überhaupt veröffentlicht waren. Die Eile, mit der dabei die deutsche Politik betrieben wurde, hatte sicher auch ihre Ursache in der ideologischen Voreingenommenheit der deutschen Behörden: ein jüdischer Staat in Palästina musste verhindert werden. Doch verhinderten die „diplomatischen Aktionen“ (besonders im Auswärtigen Amt), dass es zu deutschen Überreaktionen, wie einem Eingreifen in Palästina (gegen englische Interessen), nicht gekommen ist.

Die Teilungspläne der Peel- und Woodhead-Kommission und die deutschen Siedler in Palästina. Mit der Veröffentlichung der Teilungspläne der Peel-Kommission am 7. Juli 1937 rückte die deutsche Volksgruppe in Palästina ins Blickfeld der Politik des Dritten Reiches. Die Deutschen hatten sich bisher gemäß den Anweisungen Döhles und des NSDAP-Landesgruppenleiters Cornelius Schwarz vom 1. Mai 1936 aus den „inneren Angelegenheiten“ Palästinas herausgehalten, sich also in die arabisch-jüdisch-britischen Streitigkeiten nicht eingemischt. Das änderte sich mit der bevorstehenden Veröffentlichung der Teilungspläne im Juli 1937.

Schon am 4. Juli hatte der Leiter der Landesgruppe der NSDAP in Palästina Schwarz Kontakte mit der Auslandsorganisation und dem Außenhandelsamt der AO aufgenommen. Dabei wurde Bezug auf die Teilungspläne genommen und davon ausgegangen, dass die britische Regierung den Teilungsplänen zustimmen würde (was ja auch zutraf) und dass sämtliche deutsche Siedlungen im jüdischen Teil Palästinas liegen würden. Die Forderung von Schwarz war nun, die deutsche Politik solle es ermöglichen, dass einige deutsche Siedlungen (wie Jerusalem, Nazareth oder Bethlehem) britischer Schutzherrschaft unterstellt werden könnten. Außerdem sollten die Transfers im Rahmen des Haavara-Abkommens verzögert werden, damit die deutsche Position, die auch eine Verhandlungsposition gegenüber den Engländern war, in Palästina erhalten blieb.

Die am 7. Juli veröffentlichten Teilungspläne sahen nun so aus, dass die deutschen Siedlungen Sarona, Wilhelma, Bethlehem, Waldheim, Akko und Haifa in den jüdischen Teil, Jaffa in den arabischen und Jerusalem in den englischen Teil fallen würden. Doch gab es Einschränkungen. Die Einbeziehung Wilhelmas in den jüdischen Staat war strittig. Wilhelma hätte auch weiterhin unter britischer Mandatsverwaltung verbleiben können. Haifa, Akko, aber auch Tiberias und Safed sollten nach einer zehnjährigen Übergangsphase unter englischer Verwaltung in den jüdischen Staat eingegliedert werden. Die deutsche Siedlung in

Nazareth sollte weiter unter britischem Mandat verbleiben.

Endgültig entschieden werden sollte sowieso erst im Jahre 1938, wenn eine zweite Kommission sich genauer mit der Teilung des Landes beschäftigen würde. Dies berichtete auch Döhle dem Auswärtigen Amt nach seiner ersten Zusammenkunft mit den Briten am 10.7.1937. Es folgte ein Gespräch Döhles mit Schwarz und Vertretern der Palästina-Deutschen am 11. Juli, wo sich fast alle dagegen aussprachen, dass deutsche Siedlungen Teil eines jüdischen Staates sein könnten. Demgemäß forderten die Siedler: die Eingliederung in das neue englische Mandatsgebiet; andernfalls den Ausbau von Selbstverwaltungsrechten und des Schutzes von Minderheiten.

Döhle glaubte zwar nicht an eine derartige Lösung, doch berichtete er dem Auswärtigen Amt darüber (21. Juli 1937). Der Reichsaußenminister traf daraufhin die Entscheidung, vorerst nicht in Palästina wirksam zu werden, eine Entscheidung, die auch von der Orientabteilung unter der Führung von Hentigs unterstützt wurde. Wenig Zustimmung gab es allerdings beim Referat Deutschland, das sich aber nicht durchzusetzen vermochte.

Gemäß den im Auswärtigen Amt und beim Außenminister getroffenen Entscheidungen erhielt Döhle keine Weisungen, wie er sich weiter bzgl. der Teilungspläne zu verhalten hätte. Trotzdem verhandelte er weiter mit Stellen der britischen Mandatsregierung. Gesprächspartner Döhles war u.a. der Hochkommissar für Palästina, Wauchope. Die Ergebnisse waren allerdings gering: Zwar äußerten die britischen Stellen Verständnis und Sympathie für die deutschen Siedler, doch wurde auch darauf hingewiesen, dass endgültige britische Entscheidungen zur Zeit noch nicht abgegeben werden könnten. So war man im August 1937 im Auswärtigen Amt der einhelligen Meinung, dass die Teilungspläne und mithin die Errichtung eines jüdischen Staates in absehbarer Zeit verwirklicht werden würden. Das hätte auch Vorteile für Großbritannien und seine Mittelmeerinteressen, so das Auswärtige Amt. Uneinig war man in Hinblick auf diesen jüdischen Staat, versprach sich Hentig doch einige Vorteile von dessen Existenz (Förderung der jüdischen Auswanderung, bessere „Greifbarkeit“ des Judentums, da es dann amtliche Stellen geben würde), freilich im Gegensatz zu den meisten Stellen im Auswärtigen Amt.

Die Nachteile, die dieser Staat für die deutschen Siedler mit sich brachte, sahen aber alle. Deswegen musste eine entsprechende Lösung gefunden werden. Eine solche bot sich nur in der Unterstellung deutscher Siedlungen unter britisches Mandat, da die Siedler selbst eine Umsiedlungsaktion abgelehnt hatten. Diese Lösung zog das Auswärtige Amt im Folgenden in Betracht, blieb jedoch auch dann bei seiner inaktiven Politik gegenüber dem Palästina-Konflikt. Daran änderte auch nichts ein Versuch des Referats Deutschlands mit der AO, eine Wende in der Palästina-Politik zu erzwingen.

Erst im September 1937 kam es zu Gesprächen zwischen dem Außenminister und der englischen Botschaft bzgl. der deutschen Siedler. Auch sollte die deutsche Botschaft in London die Siedlerfrage zur Sprache bringen, wobei auf das gute Verhältnis zwischen den Palästina-Deutschen und den britischen Mandatsbehörden hingewiesen werden sollte. Die Stellen im Auswärtigen Amt waren sowieso mit der englischen Haltung zu den deutschen Siedlern zufrieden. Außerdem vermieden sie Garantieforderungen an Großbritannien zum Schutz der deutschen Siedler. So stimmten Hentig und Timotheus Wurt, deutscher Konsul in Jaffa und Vorsitzender der Templerbank, darin überein, Garantien nur von einem eventuellen jüdischen Staat zu fordern.

Währenddessen bemühte sich der deutsche Generalkonsul in Jerusalem Döhle, weiter in

Kontakt zu den englischen Behörden zu bleiben. Ein Erfolg war die Zusage der Briten, dass die Siedlung Wilhelma nun nicht dem projektierten jüdischen Staat zugesprochen werden würde. Doch gab alles in allem die britische Regierung die Teilungspläne nicht auf, sondern war fest entschlossen trotz arabischen Widerstandes, eine Teilung möglichst bald durchzuführen. Dies bekräftigte sie in dem Weißbuch vom 5. Januar 1938 und mit der Entsendung der Woodhead-Kommission.

Daran musste sich die deutsche Palästinapolitik bei Beginn des Jahres 1938 halten, wenn auch Döhle und von Hentig der Ansicht waren, dass der arabische und auch jüdische Widerstand gegen die Teilungspläne zu einer Revision der englischen Politik führen würde. Trotz der unterschiedlichen Meinungen im Auswärtigen Amt war man sich aber in Hinblick auf die deutschen Siedler einig. Es sollte noch immer versucht werden, deutsche Siedlungen den Briten zu unterstellen. Das war aber nur möglich, wenn die deutschen Siedler in Kontakt zu der nach Palästina gesandten Woodhead-Kommission treten konnten. So wurde in Zusammenarbeit zwischen Döhle und Schwarz eine Gruppe von führenden Palästina-Deutschen gebildet, die mit der Woodhead-Kommission sprechen sollte. Leiter dieser Gruppe war Philipp Wurst, der Vorsitzende der Templergemeinde. Diese Gruppe übernahm also die Aufgabe der Verhandlung mit der Woodhead-Kommission, während sich Döhle und mit ihm die deutschen Behörden zurückhielten, da ein staatliches deutsches Interesse nicht in Erscheinung treten sollte.

Die Verhandlungen begannen im Wesentlichen mit dem Schreiben der Palästina-Deutschen vom 27. Juni 1938, worin die Siedler noch einmal ihre Position (und auch die der deutschen Behörden) darlegten. Am 4. Juli 1938 kam es dann zu direkten Gesprächen zwischen der Kommission und den Siedlern, in denen die Siedler folgende Vorschläge machten hinsichtlich: eines Sondergebietes für Akko; der Einbeziehung von Sarona, Wilhelma, Bir Salem Cheme in den Jerusalem nach Jaffa führenden Korridor; der Unterstellung von Bethlehem, Waldheim und Nazareth unter englisches Mandat. Eine gewisse Ergänzung dieser Vorschläge brachte die Mitteilung Wursts vom 26.7.1938 an den Sekretär der Woodhead-Kommission, Luke. Darin betonte Wurst: die Vorrangigkeit der Unterstellung der deutschen Siedlungen unter britisches Mandat vor allen anderen Problemlösungen; die Unzumutbarkeit einer Teilung deutscher Siedlungen den Wunsch deutscher Siedler, wenn nicht unter britische Herrschaft, dann zumindest unter arabische zu gelangen.

Mit diesem Schreiben, das also eine Wertung der englischen Teilungspläne enthielt, waren die Verhandlungen mit der Woodhead-Kommission beendet. Diese sollte ja auch Anfang August Palästina wieder verlassen.

Wie oben schon angedeutet, führte die Entsendung der Woodhead-Kommission zu keinen Resultaten, gab die britische Regierung ja die Teilungspolitik schließlich auf. Diese Aufgabe war der Schlusspunkt einer Entwicklung, die wohl schon im Sommer 1938 begonnen hatte; Generalkonsul Döhle teilte jedenfalls dem Auswärtigen Amt mit, dass die englische Teilungspolitik nur noch formal fortgesetzt würde.

Mit dem Scheitern der Teilungspolitik bestand für die deutschen Siedler in Palästina keine Gefahr, in einen jüdischen Staat eingegliedert zu werden. Außerdem konnten die Palästina-Deutschen glauben, dass mit der Beschränkung der jüdischen Einwanderung auch der jüdische Druck auf sie nachlassen würde.

Insgesamt lässt sich sagen, dass in der deutschen Palästinapolitik von Juli 1937 bis 1938/1939 die Interessen wesentlich bei der Sicherung der Existenz der deutschen Siedler

lagen. Das resultierte auch daraus, dass das Deutsche Reich keine Politik gegen England betreiben wollte und daher nicht gegen die englischen Teilungspläne auftreten konnte. So konnte nur indirekt Politik gegen die Errichtung eines jüdischen Staates betrieben werden; dies geschah eben durch die Verteidigung des „Deutschtums“ in Palästina. Damit soll aber nicht gesagt werden, dass die Siedler nur deshalb unterstützt wurden. Primär waren wohl die Interessen der Palästina-Deutschen maßgeblich für die deutsche Politik.

Die deutsche Palästina-Politik und das Haavara-Abkommen. Im Zusammenhang mit der durch die Teilungspläne verbundenen Gefahr der Bildung eines jüdischen Staates in Palästina war ja schon im Frühjahr 1937 die Auswanderung deutscher Juden nach Palästina diskutiert worden. Das musste natürlich auch eine Diskussion des eng damit korrespondierenden Haavara-Abkommens nach sich ziehen.

Im März 1937 hatte Generalkonsul Döhle auf die Nachteile des Transfer-Abkommens hingewiesen und dies besonders in Beziehung zu den deutsch-arabischen Kontakten gesetzt. Bis zum Runderlass vom 22. Juni 1937 war auch keine Lösung des Haavara-Problems in Sicht. Denn solch eine Lösung hatte ja als Voraussetzung die Lösung des Auswanderungsproblems deutscher Juden, und mit dem Runderlass hatte das Auswärtige Amt erst einen Lösungsvorschlag unterbreitet, nämlich die „zersplitterte Auswanderung“. Doch reagierte das Reichsinnenministerium ablehnend gegenüber diesen Runderlass und überließ es dem Auswärtigen Amt, über eine Änderung der Auswanderungspolitik zu entscheiden. Demgemäß kam es am 29. Juli 1937 zu einer Konferenz der zuständigen Instanzen; in der Hauptsache waren diese die Stellen des AA und die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung. Die Reichsstelle erklärte dabei, dass das Haavara-Abkommen zwar wirtschaftlich nahezu bedeutungslos sei, dass es aber andererseits auch Vorteile böte. Diese Vorteile waren die Förderung der jüdischen Auswanderung und der mit dem Vertrag erzielte Einbruch in die „jüdische Boykottfront“. Die Reichsstelle schlug weiter vor, ein Zusatzausfuhrverfahren für den Handel nach Palästina einzurichten; es konnten ja bis dahin nur Waren aus Deutschland in Palästina über das Haavara-Abkommen bezogen werden. Das könnte auch den Arabern und den deutschen Siedlern zugutekommen. Allerdings sollte dieses Zusatzausfuhrverfahren auf den Transfer-Vertrag abgestimmt werden, da es sonst z.B. zu zweierlei Bonifikationen kommen würde. Zu Entscheidungen in Hinblick auf die Vorschläge der Reichsstelle kam es bei der Konferenz noch nicht. Aber die Vorschläge waren immerhin eine Diskussionsgrundlage, auf die die mit dem Haavara-Problem befassten Stellen zurückgreifen konnten.

Mitte September wurden die Beratungen über das Transfer-Abkommen wieder aufgenommen. So nahmen an der Konferenz vom 21. September 1937 teil: das Auswärtige Amt, das Außenhandelsamt der AO, das Reichswirtschafts- und das Reichsinnenministerium. Die Handelspolitische Abteilung des AA, das Wirtschafts- und das Innenministerium unterstützten dabei das Haavara-System, waren aber zu einer Modifikation desselben bereit. Gegen das Haavara-Abkommen und für ein Zusatzausfuhrverfahren (ZAV) wandte sich das Außenhandelsamt, das zudem noch von Göring unterstützt wurde. Außerdem war Generalkonsul Döhle anwesend, der ebenfalls gegen das Haavara-Abkommen eingestellt war.

Immerhin konnten sich die zuständigen Stellen auf ein gemeinsames Vorgehen in der Haavara-Frage einigen: Das Transfer-System sollte dahingehend modifiziert werden, dass es nun auch eine Verbesserung der Stellung arabischer und deutscher Importeure in Palästina gewährleistete. Dies sollte beispielsweise durch die Einschaltung der Templerbank ge-

schehen. Dass das Transfer-Abkommen nicht aufgegeben wurde, hatte folgende Gründe: die noch nicht geklärte Auswanderungsfrage; die noch nicht geklärten Auswirkungen, die eine Abschaffung des Haavara-Systems im Palästina-Handel haben würde. Zumindest mit der Klärung der Auswanderungsfrage wurde das Innenministerium betraut. Es traf am 18. Oktober 1937 die Entscheidung, dass das Haavara-Abkommen nicht mehr beibehalten werden brauchte, und führte dazu als Gründe an, dass zum Einen die jüdische Auswanderung nach Palästina auf Grund der dortigen Verhältnisse immer geringer wurde, zum anderen das Haavara-System immer weniger deutschen und arabischen Interessen in Palästina entsprach.

Diese Entscheidung des Reichsinnenministeriums wurde auch von der AO gebilligt. Nach Meinung der AO sollte danach als nächster Schritt, das Haavara-Abkommen völlig aufgelöst werden. Dem widersprach die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung und legte im Folgenden die Vorteile des Systems dar, wobei sie sich sogar aus der Existenz eines jüdischen Staates in Palästina eine Steigerung der jüdischen Auswanderung versprach (was ohne die Grundlagen, die das Haavara-System schuf, nicht funktionieren könnte). Die Sachlage wurde noch dadurch verkompliziert, dass sich Ende November noch Vertreter der zionistischen Bewegung in den Prozess der Entscheidungsfindung einschalteten. Dies veranlasste Staatssekretär Stuckart vom Innenministerium, einen „Führerentscheid“ herbeiführen zu wollen (17. Dezember 1937). Er beabsichtigte, Hitler einen entsprechenden Bericht vorzulegen und ihn entscheiden zu lassen.

Im Jahre 1938 gingen die Beratungen über das Haavara-Problem weiter. Am 12. Januar forderte das Außenhandelsamt der AO im Namen der AO „die beschleunigte Abstellung des Haavara-Verfahrens“. Es wandte sich damit gegen das Reichswirtschaftsministerium und seine Pläne. Das Referat Deutschland schloss sich den Bemühungen der AO an. Das Orientreferat stellte fest, dass eine Abschaffung nur aus wirtschaftspolitischen Gründen zu vertreten wäre.

Die unterschiedlichen Positionen konnten auch nicht in einer Konferenz am 22. Oktober 1938 abgebaut werden. Das Reichswirtschaftsministerium und die Orientabteilung befürworteten das Haavara-System (wenn auch mit Einschränkungen), die AO und das Referat Deutschland waren dagegen. Einig war man sich nur in dem Beschluss, die Entscheidung Hitlers abzuwarten.

Die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung kam allerdings den gegen das Haavara-System eingestellten Ressorts entgegen, in dem es statt einer Modifikation eine Ersetzung des Transfer-Abkommens vorschlug (26. Januar 1938). Auf dieser Basis fanden dann am 27. Januar weitere Beratungen statt, bei denen Legationsrat Clodius von der Handelspolitischen Abteilung gegen den Wegfall des Abkommens wandte. Als Begründung seiner Ansicht wies Clodius auch auf eine Führerweisung hin; demnach sollte die jüdische Auswanderung weiter gefördert werden.

Doch war, da keine schriftliche Weisung Hitlers vorlag, die Angelegenheit immer noch unsicher. Deswegen bemühte sich auch Weizsäcker über das Außenpolitische Amt (unter Leitung Rosenbergs) an einen schriftlichen Führerentscheid heranzukommen. Die Sache wurde jedoch nicht weiter verfolgt, wenn auch das Referat Deutschland am 10. März 1938 sie in Erinnerung bringen wollte. Auch die Ersetzung oder Abschaffung des Haavara-Abkommens scheiterte. Es gab keine überzeugenden Lösungsvorschläge, und die Behandlung des Problems war wahrscheinlich im März 1938 abgeschlossen worden (wie man aus der Aktenlage

ersehen kann).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in der Haavara-Frage große Differenzen bei den deutschen Behörden auftraten. Das Innen- und Wirtschaftsministerium waren im Wesentlichen für eine Beibehaltung des Transfer-Vertrages, das Referat Deutschland und die AO dagegen. Dass sich die letzten beiden Stellen mit ihrer Ansicht nicht durchsetzen konnten, ergab sich aus der Tatsache, dass es für das Haavara-Abkommen keine wirkliche Alternative gab.

Die deutsch-arabischen Beziehungen. Die Benachteiligung von arabischen Importeuren in Palästina durch das Haavara-Abkommen, die schon oben erwähnt wurde, war nur ein Aspekt in den Beziehungen zwischen Deutschen und Arabern. Auf diesen soll aber hier nicht mehr eingegangen werden. Daneben gab es aber noch folgende Gesichtspunkte, die die deutsche Palästina-Politik in Hinblick auf die Araber berücksichtigen musste: das Verhältnis zu Großbritannien; die ideologische Verschiedenheit zwischen Arabertum und nationalsozialistischem Deutschland; die direkte Unterstützung der Araber durch Deutschland, z.B. durch Waffenlieferungen an arabische Staaten.

Mit der Veröffentlichung der Teilungspläne durch die Peel-Kommission Anfang Juli 1937 kam es auch bei den Arabern außerhalb Palästinas zu negativen Reaktionen darauf. So erklärte der irakische Ministerpräsident dem deutschen Gesandten in Bagdad, Grobba, gegenüber seine ablehnende Haltung in dieser Frage. Dasselbe tat auch el-Husseini, der Mufti von Jerusalem, in einem Gespräch mit Döhle. Aber das Deutsche Reich reagierte sehr vorsichtig auf solche arabische Äußerungen, wollte es doch eine Stellungnahme zu den Teilungsplänen vermeiden. Neben dieser Nichteinmischungspolitik bzgl. Palästinas musste Deutschland noch das Verhältnis zu Italien berücksichtigen: Zwar war eine Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten in der Palästina-Politik wünschenswert, doch könnte es auch leicht zu einem Ausgleich zwischen England und Italien kommen, aus dem dann Deutschland ausgeschlossen werden würde. Das hätte auch Auswirkungen auf das deutsch-arabische Verhältnis, da ein englisch-italienischer Ausgleich zu Ungunsten der Araber gehen würde und da Deutschland Verbündeter Italiens war.

So wurden auch die Anfragen nach propagandistischer und materieller Unterstützung der Araber von deutschen Stellen zurückgewiesen (Anträge arabischer Führer an den deutschen Generalkonsul in Beirut Anfang September 1937, Anfragen von Said Imam im Auftrag des Muftis im Dezember 1937). Dabei hatten, so Grobba, die Araber doch eine nahezu „instinktive Freundschaft“ zu Deutschland, das ihrer Meinung nach als einzige Großmacht die Araber wirksam unterstützen könnte. Immerhin wurde die Frage arabisch-sprachiger Rundfunksendungen des Deutschen Rundfunks bei den zuständigen Stellen diskutiert. Dabei war besonders der Leiter der Orientabteilung, von Hentig, für eine solche Lösung. Unterstützt wurde er von Propagandaministerium. Doch wurde dieser Vorschlag im März 1938 endgültig verworfen.

Mit der Ankunft der Woodhead-Kommission in Palästina unternahm der Irak und Saudi-Arabien wieder einen Versuch, Großbritannien von seiner Teilungspolitik abzubringen. In ihren Plänen spielte auch die deutsche Politik eine Rolle: So sollte Deutschland den Briten zu verstehen geben, dass es einen jüdischen Staat nicht befürworten könne und stattdessen einen arabischen Staat in Palästina (mit jüdischer Minderheit) bevorzuge. Doch legte sich das Deutsche Reich nicht eindeutig fest, zumal, wie Grobba betonte, die arabische Haltung

in der Palästinafrage nicht einheitlich sei. Das galt besonders für die unklare Einstellung Saudi-Arabiens.

Aber insbesondere Saudi-Arabien sollte für die deutsche Politik an Bedeutung gewinnen. Im Zusammenhang mit den deutschen Aktionen gegen die Tschechoslowakei plante Hitler, England daraus heraushalten zu können. Der Palästina-Konflikt schien ihm dafür geeignet; daher musste die Opposition gegen England gestärkt werden, und das konnte nur durch Unterstützung der Araber geschehen. So kam es zwischen dem Deutschen Reich und Saudi-Arabien zu Verhandlungen über Waffenlieferungen. An diesen Verhandlungen nahm auch die Abwehr unter der Leitung von Canaris teil. Doch die schon vereinbarten Waffenlieferungen, die auch nach Palästina gehen sollten, unterblieben; ein arabischer Vermittler war angeblich ein englischer Spion; in Palästina selbst war im Herbst 1938 die englische Kontrolle zu groß, als dass man direkt Waffen hätte liefern können. So hatte das Auswärtige Amt die Waffenlieferungen unterbunden, da sie seiner Meinung nach ein zu hohes politisches Risiko beinhalteten, wenn sie auch aus wirtschaftlichen Gründen (Waffen gegen Devisen) vielleicht Vorteile böten (September 1938).

Insgesamt lässt sich sagen, dass die deutsche Palästinalpolitik gegenüber den Arabern eine vorsichtige Haltung einnahm, wenn auch gewisse Sympathien für die Araber vorhanden gewesen waren. Gewiss gab es Sympathien für die Deutschen bei den Arabern; ansonsten wäre die arabische Haltung gegenüber dem Dritten Reich in der Palästina-Krise wesentlich schlechter geworden; da Deutschland diese Krise ja durch die Politik der jüdischen Auswanderung nach Palästina mitverschuldet hatte.

Die deutsche Palästina-Politik im Jahre 1939. Die deutsche Palästinalpolitik des Jahres 1939 stand schon unter dem Eindruck des beginnenden Krieges. Das lässt sich an den Anstrengungen ablesen, die man unternahm, um die deutschen Juden aus Deutschland und dem angeschlossenen Österreich zur Auswanderung zu veranlassen.

Im November 1938 hatte es ja die Reichskristallnacht gegeben. Im selben Monat wurde ein zentrales Reichsbüro für jüdische Auswanderung gegründet. Sein Leiter war Reinhold Heydrich. Ihn kümmerte kaum die Ansicht einiger Stellen im Auswärtigen Amt, die, wie in der Zeit der britischen Teilungspläne, davor warnten, dass eine jüdische Auswanderung nach Palästina die Bildung eines „jüdischen Vatikans“ nach sich ziehen würde. Heydrich wollte soviel Juden wie möglich aus dem Reich vertreiben, und das bevorzugte Ziel dieser Auswanderung hieß Palästina. Dabei sollten sogar illegale Möglichkeiten der Einwanderung in dieses Land benutzt werden, da die Briten ja (gemäß ihrem Weißbuch vom Mai 1939) die Einwanderung nach Palästina beschränkt hatten. So gab es von Adolf Eichmann aufgebaute „Trainingscamps“, in denen Juden darauf vorbereitet wurden, illegal nach Palästina einzuwandern. Gestapo und SS unterstützten sie dabei noch. So sollen seit dem Ende des Jahres 1938 pro Monat rund 1000 Juden illegal nach Palästina gelangt sein. Freilich kamen aber die meisten von ihnen ohne Eigentum dort an, denn dies verblieb in Deutschland. Anders als beim Haavara-Abkommen wurde jüdisches Vermögen nicht mehr nach Palästina transferiert. Damit waren zumindest die Behördenstellen beruhigt, die Kapital als eine wesentliche Grundlage für den Aufbau eines jüdischen Staats ansahen. Und solch eine Auswanderung war für das Deutsche Reich billig.

Der zweite Aspekt der deutschen Palästinalpolitik war das Verhältnis zu den Arabern. Mit dem Weißbuch vom Mai 1939 und der Eindämmung der „arabischen Revolution“ war Eng-

land im Nahen Osten kaum mehr verwundbar. Dadurch waren auch der deutschen Politik die Gelegenheiten entzogen, mit einer entsprechenden Politik im Nahen Osten Druck auf Großbritannien auszuüben. Trotzdem kam es im Jahre 1939 wieder zu Verhandlungen über Waffenlieferungen, für die sich besonders Saudi-Arabien interessierte. Doch auch diese Projekte scheiterten, da nach Ansicht der damit befassten Stellen nicht gewährleistet war, dass die arabischen Staaten in einem eventuellen Krieg gegen Großbritannien sich entscheiden würden, ja sogar an der Seite Englands kämpfen würden. Entsprechend entschied auch Hitler in einer Weisung an das Auswärtige Amt vom 11. Juli 1939: Es sollten nur Waffen an die Länder geliefert werden, die sich in einem Krieg nicht gegen Deutschland stellen würden. Darunter fielen aber die arabischen Staaten nicht, wie eine Statistik der Handelspolitischen Abteilung in Bezug auf den Frühling und Herbst 1939 zeigt.

Ausblick

Der Zweite Weltkrieg (1939-1945) brachte für den Nahen Osten und speziell für Palästina keine wesentlichen Veränderungen. Wie von den deutschen Stellen befürchtet, stellten sich nur wenige Araber gegen England. Beispiel dafür war der irakische Aufstand im Jahre 1941 oder das anti-englische Verhalten des Mufti von Jerusalem, der sogar 1942 Berlin besuchte, ansonsten aber recht erfolglos gegen die Briten agierte.

Der Mufti war sowieso zu einem Problem in der deutschen Politik geworden. Mit der Eroberung Frankreichs 1940 und der Einsetzung der Vichy-Regierung musste das Deutsche Reich diese in ihrer Politik im Nahen Osten unterstützen, hatte doch Frankreich als Mandatsmacht Syrien und den Libanon unter seiner Kontrolle. Die Agitationen des Mufti mussten dort nur Unruhe auslösen. Das Gleiche galt auch für die Türkei, die sich gegen die panarabischen Bestrebungen des Mufti wandte.

Ebenso musste Italien als Verbündeter Deutschlands mit seinen mittelmeerischen Interessen den deutsch-arabischen Beziehungen schaden, waren doch diese Interessen vornehmlich gegen die Araber gerichtet.

Was die Juden anbetrifft, so mussten sie auf der Seite Englands stehen, mochte die englische Politik gegenüber den Arabern auch noch so viele ihrer Interessen schädigen. Nur England konnte sie vor der „Endlösung“ bewahren.

V. Schlussbemerkung

Die deutsche Palästinalpolitik war im Wesentlichen von zwei Dingen geprägt: der Diplomatie und der Ideologie. Beide Elemente ergänzten sich, konkurrierten aber auch untereinander. Ergänzung fand statt, in dem man die ideologischen Zielvorstellungen, Motiven, wirtschaftliche oder rein politische Ziele hinzufügte. Das war beim Haavara-Abkommen der Fall gewesen, das wirtschaftliche Vorteile bringen sollte, aber gleichzeitig dem ideologischen Motiv eines „judenreinen“ Deutschlands diente. Aber an diesem Beispiel erkennt man auch die Konkurrenz zwischen Diplomatie und Ideologie. Als die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina drohte (dies berührte im großen Ausmaß die nationalsozialistische Ideologie), wurden auch die wirtschaftspolitischen Grundlagen des Haavara-Systems in Frage gestellt. An-

dererseits gelang es ideologischen Überlegungen vielfach nicht, in der deutschen Politik Einfluss zu gewinnen. So enthielt man sich aus Rücksicht auf England jeder Einflussnahme in Hinblick auf den durch die Teilungspläne projektierten jüdischen Staat.

Natürlich traten Ideologie und Diplomatie in der deutschen Politik nach außen nicht getrennt auf, sie waren vielmehr miteinander verzahnt, so dass man nicht sagen kann, wo die Diplomatie aufhört und die Ideologie anfängt und umgekehrt. Die deutsche Palästinalpolitik hatte somit viele Dinge zu berücksichtigen: Zunächst wünschte man die Auswanderung von Juden aus Deutschland, wobei sich Palästina als Einwanderungsland anbot und auch durch das Haavara-Abkommen wirtschaftliche Vorteile erlangt werden konnten. Als dann die britischen Teilungspläne veröffentlicht wurden, geriet die bisherige deutsche Politik in eine Krise. (Ideologisches) Hauptziel war nun die Verhinderung eines jüdischen Staates. Doch konnte die deutsche Politik nicht offen dagegen opponieren; sie musste ja Rücksicht auf die Beziehungen zu England nehmen. Ebenso verbot sich die Intensivierung der Beziehungen zu den Arabern, die ja gegen die britische Mandatsmacht eingestellt waren. Andererseits waren die Araber eine Art „natürlicher Verbündeter“ für Deutschland, da auch sie einen jüdischen Staat nicht befürworteten. Es war aber wiederum zu bedenken, dass das Deutsche Reich mit Italien verbündet war und dass Italien im Zuge seiner Mittelmeerinteressen gegen arabische Interessen verstieß. Zudem musste die deutsche Politik noch einen Ausgleich englischer und italienischer Interessen befürchten, der Italien an die Seite Großbritanniens in der Palästinalpolitik bringen würde. Worauf sich die deutsche Politik stützen konnte, war daher nur das „Deutschtum“ in Palästina. Nur über die deutschen Siedler dort konnte die deutsche Politik Einfluss im Palästina-Konflikt nehmen. Als die britischen Teilungspläne aufgegeben wurden, verschwand auch der ideologische Popanz „Judenstaat“; die deutsche Politik befreite sich (zumindest teilweise) aus ihrem eigenen ideologischen Gefängnis. So konnte es wieder eine jüdische Einwanderung nach Palästina geben.

Es zeigt sich also insgesamt das Bild einer teilweise widersprüchlichen Politik, wobei die Widersprüche meistens durch die nationalsozialistische Ideologie verursacht waren. Die deutsche Palästinalpolitik hat daher auch nicht sehr viel von sich aus bewirkt. Sie reagierte mehr, als dass sie agierte, sie rieb sich mehr in der Diskussion zwischen den zuständigen Stellen auf, als dass sie nach außen wirksam wurde. Und Letzteres wäre auch nicht notwendig gewesen, war doch Palästina nur ein diplomatischer Nebenschauplatz, der kaum das Interesse des Mannes, auf den alles ankam, Adolf Hitler, erregte.

Literatur: ABEDISEID, M., Die deutsch-arabischen Beziehungen Probleme und Krisen, Stuttgart 1976; BEN-ELISSAR, E., La Diplomatie du Me Reich et los Juifs 1933-1939, Paris 1969; BEN-SASSON, H.H., Geschichte des jüdischen Volkes Bd. III, München 1980; HUREWITZ, J.C., Diplomacy in the Near and Middle East, New York 1972; LAQUER, W., Der Weg zum Staat Israel, Wien 1975; MELKA, R., Nazi Germany and the Palestine Question, in: Middle Eastern Studies 5 (1969); NEUBERT, F.P.H., Die deutsche Politik im Palästina-Konflikt 1937 und 1938, Diss. Bonn 1977; NICOSIA, F., Arab Nationalism and National Socialist Germany 1933-1939. Ideological and Strategic Incompatibility, in: International Journal of Middle East Studies 12/3 (1980); SCHMIDT, H.D., The Nazi Party in Palestine and the Levant 1932-1939, in: International Affairs 28 (1952); WATTI, M.M., Analyse des nationalen Interesses am Beispiel der deutsch-arabischen Beziehung, Bochum 1976; YISRAELI, D., The Third Reich and Palestine, in: Middle Eastern Studies 7 (1971).

Text aus: Referat, Seminar „Das Dritte Reich, der Zionismus und Palästina“ (Prof. Dr. A. SCHÖLCH, Universität Essen, Fachbereich 1, Fach Geschichte, SS 1982)